

B-007/2012 vom 25.01.2012	B-139/2017	Bemerkungen
<p style="text-align: center;"><b>§ 1</b> <b>Zweckbestimmung, Zuständigkeiten</b></p> <p>(1) Die Stadt Chemnitz hält zur vorübergehenden Unterbringung wohnungsloser Menschen Unterkünfte in Wohnprojekten, in einer Übernachtungsstätte und in angemieteten Wohnungen als öffentliche Einrichtungen vor. Diese Wohnformen verfolgen den Zweck akute Wohnungslosigkeit unverzüglich zu beseitigen und in Verbindung mit persönlichen Hilfen (sozialen Dienstleistungen) ein eigenständiges Wohnen in eigenem Wohnraum zu erreichen.</p> <p>(2) Als untere Unterbringungsbehörde hält die Stadt Chemnitz Unterkünfte in Wohnheimen, Wohnprojekten und angemieteten Wohnungen für die Unterbringung von Personen, deren Aufnahme aus dem Ausland und Zuweisung nach Chemnitz auf landes- und bundesgesetzlichen Bestimmungen beruht, vor.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 1</b> <b>Zweckbestimmung, Zuständigkeiten, Begriffsbestimmung</b></p> <p>(1) Die Stadt Chemnitz hält als Ortspolizeibehörde sowie als Trägerin der Sozialhilfe zur vorübergehenden Unterbringung wohnungsloser Menschen folgende Unterkünfte als öffentliche Einrichtungen vor:</p> <p>a) Wohnprojekt für wohnungslose Menschen, b) Gewährswohnungen (angemietete Wohnungen ohne Inventar), c) Übernachtungsstätte (Nachtquartier).</p> <p>(2) Diese Wohnformen verfolgen den Zweck, akute Wohnungslosigkeit unverzüglich zu beseitigen und in Verbindung mit persönlichen Hilfen und sozialen Dienstleistungen eine rasche Verselbstständigung der Wohnungslosen sowie deren Unabhängigkeit von diesen Wohnformen zu erreichen.</p> <p>(3) Die Stadt Chemnitz hält als untere Unterbringungs- und Eingliederungsbehörde folgende Unterkünfte als öffentliche Einrichtungen vor:</p> <p>a) Gemeinschaftsunterkünfte (Wohnheime), b) Wohnungen für Dezentrales Wohnen I (angemietete Wohnungen mit Inventar und Hausrat).</p> <p>(4) Diese Wohnformen verfolgen den Zweck der Aufnahme von Spätaussiedlern, Kontingentflüchtlingen, Asylbewerbern und geduldeten Ausländern, die der Kommune zugewiesen werden oder aus ande-</p>	<p>Inhaltliche Klarstellung der Zuständigkeiten sowie der Definition sowie des Zwecks der verschiedenen Wohnformen</p> <p>Neuregelung</p> <p>Neuregelung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>(3) Zuständige Stelle in der Stadt Chemnitz ist das Sozialamt Chemnitz.</p> <p>(4) Die wirtschaftliche Betreuung der unter den Absätzen 1 und 2 genannten Wohnformen einschließlich dort zu erbringender sozialer Unterstützungen und Dienstleistungen erfolgt durch die Stadt Chemnitz oder durch hierfür vertraglich beauftragte Dritte. Ausstattung, Art und Umfang der Betreuung der Wohnformen sowie die darin geleistete Unterstützung richten sich nach dem unterzubringenden Personenkreis und seinem Unterstützungsbedarf bzw. den dafür geltenden gesetzlichen Vorgaben. Zur Ermittlung des Unterstützungsbedarfs erfolgten im Einzelfall geeignete Bedarfsermittlungsverfahren.</p>	<p>ren rechtlichen Gründen vorübergehend unterzubringen sind. Ferner gilt dies für anerkannte Flüchtlinge und sonstigen Migranten und deren Familienangehörigen, welche wegen der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis infolge der Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft, Anerkennung als Asylberechtigter oder der Anerkennung als subsidiär Schutzberechtigter aus dem Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ausscheiden, jedoch bis zur Anmietung von eigenem Wohnraum Unterbringungsbedarf haben.</p> <p>(5) Zuständige Stelle ist das Sozialamt Chemnitz als Unterbringungsbehörde.</p> <p>(6) Die wirtschaftliche Betreuung der unter Absatz 1 und 2 genannten Wohnformen, einschließlich dort zu erbringender sozialer Unterstützungen und Dienstleistungen, erfolgt durch die Stadt Chemnitz oder durch hierfür vertraglich beauftragte Dritte. Ausstattung, Art und Umfang der Betreuung sowie Unterstützung richten sich nach dem unterzubringenden Personenkreis und seinem Unterstützungsbedarf bzw. den dafür geltenden gesetzlichen Vorgaben. Die Ermittlung des Unterstützungsbedarfs erfolgt im Einzelfall durch geeignete Bedarfsermittlungsverfahren.</p>	



<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>zeitraum gemäß § 4 Abs. 2 verstrichen ist, jedoch kein Wohnraum auf dem Wohnungsmarkt zur Verfügung steht.</p> <p>(4) Nutzungsberechtigt für die die unter § 1 Abs. 2 genannten Wohnformen sind Spätaussiedlern gemäß § 1a SächsSpAEG, Flüchtlinge nach § 23 Abs. 1 AufenthG sowie Personen, die zum leistungsberechtigten Personenkreis nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gehören und der Stadt Chemnitz durch die mittlere Unterbringungsbehörde des Freistaates Sachsen zugewiesen wurden oder aus anderen rechtlichen Gründen vorübergehend unterzubringen sind. Ferner nutzungsberechtigt sind unerlaubt eingereiste Ausländer gemäß § 15a AufenthG, für die die Stadt Chemnitz nach Verteilentscheidung der mittleren Unterbringungsbehörde örtlich zuständig ist.</p> <p>(5) Voraussetzung für die Aufnahme der Nutzungsberechtigten nach den Absätzen 1 bis 3 ist eine der jeweiligen Lebenssituationen angemessene Mitwirkung der Nutzer. Hierzu gehört die Bereitschaft zur nachhaltigen Veränderung und Überwindung der besonderen Lebenslage. Hierzu gehört insbesondere die aktive Beteiligung an individuellen Hilfeplanungsprozessen.</p>	<p>stützung beim Training von mietertypischen Pflichten und Reintegration in den allgemeinen Wohnungsmarkt benötigen. Die Anmietung der Wohnungen erfolgt im jeweiligen Einzelfall durch die Stadt Chemnitz. Der Anspruch auf diese Unterbringungsform steht im pflichtgemäßen Ermessen der Unterbringungsbehörde.</p> <p>(4) Nutzungsberechtigt für die unter § 1 Abs. 2 genannten Wohnformen sind Spätaussiedler gemäß § 1a SächsSpAEG, Flüchtlinge gemäß § 5 Sächs-FlüAG, sofern diese der Stadt Chemnitz durch die mittlere Unterbringungsbehörde (Landesdirektion Sachsen) zugewiesen wurden oder aus anderen rechtlichen Gründen vorübergehend unterzubringen sind. Ferner können anerkannte Flüchtlinge und deren Familienangehörige, welche bereits über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen, in dieser Wohnform untergebracht werden.</p> <p>(5) Voraussetzung für die Aufnahme in den unter § 1 Abs. 1 und 2 genannten Unterbringungseinrichtungen ist, soweit keine gesetzliche Verpflichtung zur Aufnahme besteht, eine der jeweiligen Lebenssituationen angemessene Mitwirkung der Nutzer. Hierzu gehört die Bereitschaft zur nachhaltigen Veränderung und Überwindung der besonderen Lebenslage; hierzu gehört insbesondere die aktive Beteiligung an individuellen Hilfeplanungsprozessen.</p>	<p>Ergänzung/ inhaltliche Klarstellung</p>



<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p><del>gebracht wurden), haften diese für alle Verpflichtungen einschließlich der nach §§ 8 ff. dieser Satzung zu zahlenden Nutzungsgebühren als Gesamtschuldner. Jeder Nutzer muss Tatsachen in der Person oder in dem Verhalten eines Haushaltsangehörigen oder eines Dritten, der sich mit seinem Willen in der Unterkunft aufhält, die das Nutzungsverhältnis betreffen oder einen Ersatzanspruch begründen, für und gegen sich gelten lassen.</del></p>	<p>von 18:00 Uhr bis 08:00 Uhr am Folgetag für die Nutzung zur Verfügung.</p> <p>(3) Die Nutzungsdauer für den Personenkreis nach § 2 Abs. 1 soll 15 Monate nicht übersteigen. Hiervon ausgenommen sind Nutzungsberechtigte, die sich in sozialen Bedarfsermittlungsphasen befinden, deren Dauer nach den Gegebenheiten des Einzelfalls entschieden wird. Die Nutzungsdauer für Spätaussiedler sowie anerkannte Flüchtlinge nach § 2 Abs. 4, welche bereits über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen, soll drei Monate nicht übersteigen.</p> <p>(4) Während des Nutzungsverhältnisses ist das Sozialamt jederzeit berechtigt, Umzüge in andere Unterkünfte zu verfügen, insbesondere aus Kapazitätsgründen, zur Sicherstellung von Ordnung und Sicherheit in den Wohnformen oder zur Gewährleistung der notwendigen und wirksamen sozialen Unterstützung.</p>	<p>Einfügung aus § 4 Abs. 2 – 4 alte Fassung unter Neuen Fassung § 3 und inhaltliche Änderung und redaktionelle Anpassung</p>
<p><b>§ 4</b> <b>Beginn und Ende der Nutzung, Öffnungszeiten</b></p> <p>(1) Beginn und Ende des Nutzungsverhältnisses wird in dem Nutzungs- und Gebührenbescheid bestimmt. Das Nutzungsverhältnis kann vor dem jeweiligen Fristablauf durch Rücknahme, Widerruf oder Änderung des Nutzungs- und Gebührenbescheides</p>	<p><b>§ 4</b> <b>Ende des Nutzungsverhältnisses</b></p> <p>(1) Das Ende des Nutzungsverhältnisses richtet sich nach dem im Nutzungs- und Gebührenbescheid festgesetzten Zeitraum. Es kann vorzeitig durch Rücknahme, Widerruf oder Änderung des Nutzungs- und Gebührenbescheides beendet werden.</p>	<p>neue Überschrift</p> <p>redaktionelle Anpassung</p>

B-007/2012 vom 25.01.2012	B-139/2017	Bemerkungen
<p>beendet werden.</p> <p><del>(2) Die Nutzungsdauer für Nutzungsberechtigte nach § 2 Abs. 1 in Wohnprojekten und angemieteten Wohnungen soll 15 Monate nicht übersteigen. Hier-von ausgenommen sind Nutzungsberechtigte, die sich in einem Hilfebedarfsermittlungsverfahren be-finden, dessen Dauer stets nach den Gegebenheiten des Einzelfalls entschieden wird.</del></p> <p><del>(3) Die Nutzungsdauer in Wohnheimen für Spätaus-siedlern gemäß § 1a SächsSpAEG und Flüchtlinge nach § 23 Abs. 1 AufenthG soll sechs Wochen nicht übersteigen. Für die anderen unter § 2 Abs. 4 ge-nannten Personengruppen wird eine geeignet Wohn-form für den Zeitraum des ausländerrechtlich be-</del></p>	<p>(2) Das Nutzungsverhältnis soll insbesondere been-det werden, wenn die unterzubringende Person:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) keine Hilfebedürftigkeit/Notlage mehr aufweist,</li> <li>b) aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Unter-bringungseinrichtung verbleiben kann,</li> <li>c) die Unterbringungseinrichtung nicht am Tage der Zuweisung bezieht,</li> <li>d) die Unterbringungseinrichtung nicht ausschließlich zu Wohnzwecken nutzt,</li> <li>e) schwerwiegend oder wiederholt gegen die Haus- und Brandschutzordnung oder daraus resultierende Anordnungen des Sozialamtes, des Betreibers bzw. Vermieters verstoßen wird,</li> <li>f) mindestens 2 Monate Gebührenschnlden angefal-len sind und wiederholt keine fristgemäßen Gebüh-renzahlungen festgestellt wurden,</li> <li>g) die Unterbringung durch arglistige Täuschung erreicht hat,</li> <li>h) vorsätzliche oder grob fahrlässige Sachbeschädi-gungen an der Unterbringungseinrichtung, der Aus-stattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch über-lassenen Gegenständen vornimmt oder</li> <li>i) Tiere in die Unterbringungseinrichtung einbringt und diese nach Aufforderung nicht entfernt.</li> </ul> <p>(3) Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses hat der Nutzer die ihm zugewiesene Unterkunft von pri-vatem Eigentum beräumt, in besenreinem Zustand und unter unbeschädigter und gereinigter Zurücklas-sung der zur Verfügung gestellten Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sowie unter Herausgabe</p>	<p>Übernahme und Neufassung der Gründe für die Beendigung des Nutzungsverhältnis aus § 5 alte Fassung Vgl. § 4 neue Fassung</p> <p>Konkretisierung und inhaltliche Klarstellung der Pflichten bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses</p>

B-007/2012 vom 25.01.2012	B-139/2017	Bemerkungen
<p><del>dingten Aufenthaltes in Chemnitz zur Verfügung gestellt.</del></p> <p>(4) Die Übernachtungsstätte steht täglich von 18:00 Uhr bis 08:00 Uhr am Folgetag für die Nutzung zur Verfügung.</p>	<p>aller Schlüssel an das Sozialamt zurückzugeben. Die Pflichten des Nutzers aus dem Nutzungsverhältnis bestehen bis zum Ablauf des Tages der Rückgabe fort. Die Unterkunft gilt dann als zurückgegeben, wenn die im Nutzungs- und Gebührenbescheid hierfür benannte Stelle die ordnungsgemäße Rückgabe schriftlich bestätigt hat.</p> <p>(4) Zurückgebliebene Wertsachen werden, sofern möglich, durch die Stadt Chemnitz oder einer/eines beauftragten Dritten zwei Monate nach Bekanntwerden in Verwahrung genommen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Gegenstände einer anderweitigen Verwertung (z.B. Fundbüro) zugeführt. Ist eine Verwertung nicht möglich, können die Sachen einem gemeinnützigen Zweck zugeführt oder auf Kosten der Nutzerin/des Nutzers entsorgt werden.</p> <p>(5) Sonstige zurückgelassene Gegenstände werden nach der Beendigung des Nutzungsverhältnisses vom Sozialamt kostenpflichtig zu Lasten des Nutzers entsorgt.</p> <p>(6) Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses in Gewährswohnungen nach § 1 Abs. 1 sind die zur Wohnungsrückgabe an den Vermieter maßgeblichen Bedingungen (u. a. Kündigungsfrist, Renovierung), wie im Bescheid genannt durch den Nutzer zu berücksichtigen, die entsprechenden Leistungen zu erbringen bzw. entstehende Kosten zu tragen.</p>	<p>Neuregelung</p> <p>inhaltliche/redaktionelle Anpassung</p> <p>redaktionelle Anpassung/Klarstellung</p>



<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>(5) Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses in Wohnheimen oder Wohnprojekten hat der Nutzer die ihm zugewiesene Unterkunft von privatem Eigentum beräumt, in besenreinem Zustand und unter unbeschädigter Zurücklassung der darin zuvor enthaltenen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände sowie unter Herausgabe aller Schlüssel an die zuständige Stelle zurück-zugeben. Die Pflichten des Nutzers aus dem Nutzungsverhältnis bestehen bis zum Ablauf des Tages der Rückgabe fort. Die Unterkunft gilt dann als zurückgegeben, wenn die im Nutzungs- und Gebührenbescheid hierfür benannte Stelle die ordnungsgemäße Rückgabe schriftlich bestätigt hat (Abmeldebescheinigung). Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses in angemieteten Wohnungen sind zusätzlich die auferlegten Pflichten (Renovierung, Instandsetzungen) zu erfüllen bzw. die entstehenden Kosten durch den Nutzer zu trag</p> <p>(6) Hausrat, der nach der Beendigung des Nutzungsverhältnisses in Wohnheimen oder Wohnprojekten verbleibt, wird vom Sozialamt kostenpflichtig zu Lasten des Nutzers entsorgt.</p> <p>Wird die Unterkunft nicht gemäß der Absätze 6 und 7 zurückgegeben, obwohl das Nutzungsverhältnis beendet ist, kann das Zwangsmittel der Zwangsräumung angewendet werden. Das Zwangsmittel ist vor der Anwendung durch die zuständige Stelle schriftlich anzudrohen. Dabei sind dem Vollstreckungsschuldner die Möglichkeit der Anhörung und eine Frist von einem Monat zur Erfüllung seiner Verpflichtung einzuräumen.</p>		

B-007/2012 vom 25.01.2012	B-139/2017	Bemerkungen
<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b></p> <p style="text-align: center;"><b><del>Rücknahme, Widerruf, Änderung des Nutzungs- und Gebührenbescheides</del></b></p> <p>(1) <del>Der Nutzungs- und Gebührenbescheid kann insbesondere zurückgenommen, widerrufen oder geändert werden, wenn:</del></p> <ul style="list-style-type: none"> <li><del>– die Voraussetzungen des § 2 Absätze 1, 2, 3 oder 4 dieser Satzung nicht mehr vorliegen, Anlage 1 Seite 5 zu B-007/2012</del></li> <li><del>– die Unterkunft ohne Verzichtserklärung bzw. Abmeldung länger als fünf Tage offenkundig nicht mehr oder nur noch sehr unregelmäßig genutzt wird,</del></li> <li><del>– wiederholt das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme beim Zusammenleben im Wohnprojekt (bzw. den Wohnungen) und mit dem Wohnumfeld missachtet wird (z. B. durch erhebliche Ruhestörungen) oder mehrfache Verstöße gegen die sonstigen Bestimmungen des § 6 dieser Satzung vorliegen,</del></li> <li><del>– schwerwiegend oder wiederholt gegen die Haus- und Brandschutzordnung oder daraus resultierende Anordnungen des Sozialamtes, des Betreibers bzw. Vermieters verstoßen wird,</del></li> <li><del>– durch den Nutzer grob fahrlässige oder vorsätzliche Sachbeschädigungen verursacht werden,</del></li> <li><del>– Gebührenschnulden von mindestens zwei Monatsgebühren vorliegen oder mindestens drei-fach keine fristgemäßen Gebühreuzahlungen festgestellt werden,</del></li> <li><del>– unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalls, wenn der Nutzer in einer Einrichtung gemäß § 98 Absätze 2 und 4 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) voraus-sichtlich länger als</del></li> </ul>		

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>einen Monat untergebracht wird oder – die zugewiesene Unterkunft nicht dem vorhandenen Hilfebedarf entspricht.</p>		
<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Nutzungsbestimmungen Wohnprojekte, Wohnheime und angemieteter Wohnraum</b></p> <p>(1) Die als Unterkunft überlassenen Räume dürfen nur von den aufgenommenen Personen und nur zu Wohnzwecken benutzt werden. Die Nutzer sind zur Wahrung des Hausfriedens sowie des sozialen Friedens im Umfeld der Unterkünfte und zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet.</p> <p>(2) Weitere Bestimmungen für das Zusammenleben in den Unterkünften, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit sowie zur Wahrung des Brandschutzes enthält die Haus- und Brandschutzordnung, die vom jeweiligen Betreiber bzw. Vermieter der Unterkunft erlassen wird. Diese gilt uneingeschränkt für alle Nutzer und deren Besucher.</p> <p>(3) Durch die Betreiber wird ein ordnungsgemäßer Zustand der Unterkünfte gewährleistet. Die Nutzer sind ferner verpflichtet, erkennbare Schäden, Gefahren oder Sicherheitsmängel am Gebäude oder im Inneren der zugewiesenen Unterkunft sowie den allgemein zugänglichen Bereichen unverzüglich mitzuteilen. Sie sind nicht berechtigt, Reparaturen auf Kosten der Stadt Chemnitz oder des Betreibers in Auftrag zu geben.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 5</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Nutzungsbestimmungen</b></p> <p>(1) Die zur Unterbringung überlassenen Räume dürfen nur von den aufgenommenen Personen und nur zu Wohnzwecken benutzt werden. Die Nutzer sind zur Wahrung des Hausfriedens sowie des sozialen Friedens im Umfeld der Unterkünfte und zur gegenseitigen Rücksichtnahme verpflichtet.</p> <p>(2) Weitere Bestimmungen für das Zusammenleben in den Unterkünften, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit sowie zur Wahrung des Brandschutzes enthält die Haus- und Brandschutzordnung, die vom jeweiligen Betreiber bzw. Vermieter der Unterkunft erlassen wird. Diese gilt uneingeschränkt für alle untergebrachten Nutzer und deren Besucher.</p> <p>(3) Durch die Stadt Chemnitz wird ein ordnungsgemäßer Zustand der Unterkünfte gewährleistet. Die Nutzer sind ferner verpflichtet, erkennbare Schäden, Gefahren oder Sicherheitsmängel am Gebäude oder im Inneren der zugewiesenen Unterkunft sowie den allgemein zugänglichen Bereichen unverzüglich mitzuteilen. Sie sind nicht berechtigt, Reparaturen auf Kosten der Stadt Chemnitz oder des Betreibers in Auftrag zu geben.</p>	<p>Neue Überschrift</p> <p>redaktionelle Änderung</p> <p>redaktionelle Ergänzung</p> <p>Änderung der Gebührenhöhe sowie Anpassung der Wohnformen</p> <p>redaktionelle Anpassung</p> <p>Neufassung zur Klarstellung der Weisungsregelung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>(4) Die Nutzer sind verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Räume einschließlich des überlassenen Zubehörs pfleglich zu behandeln und nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses unter Berücksichtigung der durch ihre bestimmungsgemäße Verwendung bedingten Abnutzung in dem Zustand zu übergeben, in dem sie bei Beginn des Nutzungsverhältnisses übernommen worden sind. Veränderungen an der zugewiesenen Unterkunft und dem überlassenen Zubehör sind grundsätzlich nicht gestattet. Ausnahmen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Sozialamtes. Die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes auf Kosten des Nutzers kann verlangt werden.</p> <p>(5) Bei Übergabe der Schlüssel für den jeweiligen Wohnbereich in kommunal betriebenen Einrichtungen wird eine Schlüsselkaution in Höhe von 10,00 € für Wohnraumschlüssel sowie 5,00 € für Schrankschlüssel erhoben, welche bei Auszug und Rückgabe der Schlüssel zurückerstattet werden. Bei Verlust eines Wohnraum- oder Schrankschlüssels und die damit verbundene erneute Aushändigung ist die entsprechende Schlüsselkaution erneut zu entrichten.</p>	<p>(4) Die Nutzer sind verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Räume einschließlich des überlassenen Zubehörs pfleglich zu behandeln und nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses unter Berücksichtigung der durch ihre bestimmungsgemäße Verwendung bedingten Abnutzung in dem Zustand zu übergeben, in dem sie bei Beginn des Nutzungsverhältnisses übernommen worden sind. Veränderungen an der zugewiesenen Unterkunft und dem überlassenen Zubehör sind grundsätzlich nicht gestattet. Ausnahmen bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Sozialamtes. Die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes auf Kosten des Nutzers kann verlangt werden.</p> <p>(5) Bei Übergabe der Schlüssel für den jeweiligen Wohnbereich in kommunalen Unterbringungseinrichtungen sowie angemieteten Wohnungen (Dezentral I und Gewährswohnungen) wird eine Schlüsselkaution in Höhe von 20,00 € pro Schlüsselbund fällig, welche bei Auszug und Rückgabe des vollständigen Schlüsselbundes zurückerstattet wird. Ein etwaiger Schlüsselverlust ist der Unterbringungsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Die Weitergabe von Schlüsseln an Dritte ist nicht erlaubt.</p> <p>(6) Den Anforderungen dieser Satzung und den darauf basierend ergehenden Weisungen des Sozialamtes der Stadt Chemnitz und der/des durch diese beauftragten Dritten ist durch die Nutzerin/den Nutzerin nachzukommen.</p>	<p>Neufassungsregelungen</p> <p>Änderung der Gebührenhöhe sowie geringfügige Anpassung der Wohnformen</p> <p>Neufassung zur Klarstellung der Weisungsregelung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
	<p>(7) Die Bediensteten des Sozialamts der Stadt Chemnitz und die/der durch das Sozialamt beauftragte Dritte sind grundsätzlich jederzeit, auch unan-gekündigt, berechtigt, die Räumlichkeiten der Nutzerin/des Nutzers zu öffnen und zu betreten.</p> <p>(8) Der Nutzerin/dem Nutzer ist nur die Mitnahme von persönlichen Gebrauchsgegenständen in die Unterbringungseinrichtungen gestattet. Das Einbringen von Möbel- und anderen Ausstattungsgegenständen in die Unterkünfte bedürfen der schriftlichen Genehmigung der Unterbringungsbehörde. § 7 gilt entsprechend.</p> <p>(9) Gegenstände, welche ohne die Genehmigung nach Absatz 9 in die Unterbringungseinrichtungen gebracht werden, können beschlagnahmt und umgehend verwertet bzw. durch die Unterbringungsbehörde oder einer/eines von ihr beauftragten Dritten auf Kosten der/des Verursacherin/Verursachers entsorgt werden, sofern die Nutzerin/der Nutzer dies nicht nach vorheriger Aufforderung selbst beräumt.</p> <p>(10) Die Nutzerin/der Nutzer ist verpflichtet, in den Unterbringungseinrichtungen gefundene fremde Gegenstände den jeweiligen Betreiber bzw. die Stadt Chemnitz zu übergeben.</p> <p>(11) Das Halten von Tieren ist nicht gestattet. Notwendige Tierhaltungen (z.B. das Halten eines Blindenhundes) bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Sozialamtes der Stadt Chemnitz.</p>	<p>Neufassung Betretungsregelung</p> <p>Neufassung zu persönlichen Gebrauchsgegenständen</p> <p>Neufassung zur Tierhaltung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b> <b>Ergänzende Nutzungsbestimmungen für die Übernachtungsstätte</b></p> <p>(1) Die Übernachtungsstätte stellt eine Notunterkunft für unvorhergesehene Notlagen dar. Eine längerfristige Nutzung dieser Einrichtung ist im Regelfall nicht vorgesehen. Bei nicht nur vorübergehenden sozialen Notlagen sollen gemeinsam mit dem Nutzer gezielte Maßnahmen sozialpädagogischer Beratung und Begleitung ergriffen werden.</p> <p>(2) In der Einrichtung werden jeweils ein Übernachtungsplatz einschließlich der notwendigen Ausstattung und die Möglichkeit der Körperpflege zur Verfügung gestellt. Beim Verlassen der Einrichtung sind täglich alle persönlichen Gegenstände mitzunehmen. Es besteht kein Anspruch auf einen bestimmten Unterbringungsplatz.</p> <p>(3) Weitere Nutzungsbestimmungen für die Übernachtungsstätte trifft die Haus- und Brandschutzordnung der Einrichtung. Diesbezüglichen Hinweisen bzw. Aufforderungen seitens der Mitarbeiter der Übernachtungsstätte ist Folge zu leisten. Bei groben Verstößen gegen die Haus- und Brandschutzordnung muss die Übernachtungsstätte auf Anordnung der dort diensthabenden Beschäftigten verlassen werden. Ein Anspruch auf Rückzahlung der Gebühr besteht nicht.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 6</b> <b>Besondere Nutzungsbestimmungen für die Übernachtungsstätte</b></p> <p>(1) Die Übernachtungsstätte stellt eine Notunterkunft für unvorhersehbare Notlagen dar. Die längerfristige Nutzung dieser Einrichtung ist nicht vorgesehen. Bei nicht nur vorübergehenden sozialen Notlagen sollen gemeinsam mit dem Nutzer gezielte Maßnahmen sozialpädagogischer Beratung und Begleitung ergriffen werden.</p> <p>(2) In der Einrichtung werden jeweils ein Übernachtungsplatz einschließlich der notwendigen Ausstattung und die Möglichkeit der Körperpflege zur Verfügung gestellt. Beim Verlassen der Einrichtung sind täglich alle persönlichen Gegenstände mitzunehmen. Es besteht kein Anspruch auf einen bestimmten Unterbringungsplatz.</p> <p>(3) Weitere Nutzungsbestimmungen für die Abläufe in der Übernachtungsstätte trifft die Haus- und Brandschutzordnung der Einrichtung. Den Anweisungen der Mitarbeiter der Übernachtungsstätte und des Wachpersonals ist Folge zu leisten. Bei vorsätzlichen und grob fahrlässigen Verstößen ist die Übernachtungsstätte auf Anordnung der dort diensthabenden Mitarbeiter zu verlassen. Ein Anspruch auf Rückzahlung der Gebühr besteht nicht.</p>	<p>geringfügige redaktionelle Anpassung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Haftung und Haftungsausschluss</b></p> <p>(1) Die Nutzer haften für alle Schäden an den Nutzungsgegenständen, die vorsätzlich oder fahrlässig verursacht werden. Sie haften auch für das Verschulden von Haushaltsangehörigen und Dritten, die sich mit ihrem Willen im Wohnheim bzw. den Wohnungen aufhalten.</p> <p>(2) Die Nutzer haften ferner für alle Schäden, die dadurch entstehen, dass die Rückgabe im Zusammenhang mit der Beendigung des Nutzungsverhältnisses nicht gemäß § 4 dieser Satzung erfolgte.</p> <p>(3) Die Haftung der Stadt Chemnitz, ihrer Organe und ihrer Bediensteten gegenüber den Nutzern und</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 7</b> <b>Haftung und Haftungsausschluss</b></p> <p>(1) Die Nutzer haften für alle Schäden an den Nutzungsgegenständen, die vorsätzlich oder fahrlässig verursacht werden.</p> <p>(2) Die Nutzer haften ferner für alle Schäden, die dadurch entstehen, dass die Rückgabe im Zusammenhang mit der Beendigung des Nutzungsverhältnisses nicht gemäß § 4 dieser Satzung erfolgte.</p> <p>(3) Wird das Nutzungsverhältnis für mehrere Personen begründet, die in einer rechtlichen Zweckgemeinschaft stehen (z. B. Ehepartner, Haushaltsangehörige, eheähnliche Lebensgemeinschaften oder eine sonst mit Willen der Betroffenen entstandene Verbindung, die auch ausschlaggebend dafür waren, dass die betreffenden Personen gemeinsam untergebracht wurden), haften diese für alle Verpflichtungen einschließlich der nach §§ 11 ff. zu zahlenden Nutzungsgebühren als Gesamtschuldner. Jeder Nutzer muss Tatsachen in der Person oder in dem Verhalten eines Haushaltsangehörigen oder eines Dritten, der sich mit seinem Willen in der Unterkunft aufhält, die das Nutzungsverhältnis berühren oder einen Ersatzanspruch begründen, für und gegen sich gelten lassen.</p> <p>(4) Die Haftung der Stadt Chemnitz, ihrer Organe und ihrer Bediensteten gegenüber den Nutzern und</p>	<p>Satz 2 in alter Fassung in §7 Absatz 3 geregelt</p> <p>notwendige Ergänzung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>Besuchern wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Für Schäden, die sich die Nutzer bzw. deren Besucher selbst oder gegenseitig zufügen, übernimmt die Stadt Chemnitz keine Haftung.</p> <p>(4) Die Stadt Chemnitz gewährt grundsätzlich keine Haftung bei Verlust von Eigentum der Nutzer.</p>	<p>Besuchern wird auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt. Für Schäden, die sich die Nutzer bzw. deren Besucher selbst oder gegenseitig zufügen, übernimmt die Stadt Chemnitz keine Haftung.</p> <p>(5) Die Stadt Chemnitz gewährt grundsätzlich keine Haftung bei Verlust von Eigentum der Nutzer.</p>	
<p>.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 8</b> <b>Verwaltungszwang</b></p> <p>(1) Räumt die Nutzerin/der Nutzer nach angeordneter Umsetzung in eine andere Unterbringungseinrichtung oder nach Beendigung des Benutzungsverhältnisses die Unterbringungseinrichtung nicht, so kann diese Räumung durch unmittelbaren Zwang vollzogen werden. Rückständige Benutzungsgebühren, Schadenersatzansprüche und die Kosten von Ersatzvornahmen werden durch Vollstreckung beigetrieben.</p> <p>(2) Die Zwangsmittel der Verwaltungsvollstreckung werden im Rahmen dieser Satzung, soweit nicht abweichend geregelt, nach Maßgabe des Sächs-VwVG angewendet.</p>	<p>Neueinordnung des § 4 Absatz 6 alte Fassung in die geänderte Gliederung der Satzung</p>
	<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b>Ordnungswidrigkeiten</b></p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p style="padding-left: 20px;">a) entgegen des § 2 Nr. 6 Unterbringungseinrichtungen anderen als in der Zuweisung benannten Personen und Dritten zum Gebrauch</p>	<p>Neuregelung zur Sanktionierung von Pflichtverletzungen, in alter Satzung nicht vorhanden.</p>



<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
	<p>überlässt,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>b) den Aufenthalt von Personen, die gegen die Regelung der Heim- und Hausordnung verstoßen, indem ihr/ihm zugewiesenen Wohnraum duldet,</li> <li>c) die Unterbringungseinrichtung zu anderen als Wohnzwecken verwendet,</li> <li>d) entgegen des Verbots in § 5 Abs. 11 Tiere hält,</li> <li>e) entgegen des Verbots aus § 5 Abs. 5 Schlüssel an Dritte weiterreicht,</li> <li>f) entgegen des Verbots aus § 5 Abs. 4 ohne vorherige schriftliche Genehmigung Veränderungen an den Unterbringungseinrichtungen, der Ausstattung, den Anlagen oder den zum Gebrauch überlassenen Gegenständen vornimmt,</li> <li>g) Waffen, insbesondere Hieb-, Stich- oder Schusswaffen, sowie Betäubungsmittel, deren Besitz gemäß der geltenden Rechtslage nicht jedermann uneingeschränkt erlaubt ist, in die Unterbringungseinrichtung einbringt.</li> </ul> <p>(2) Ordnungswidrigkeiten gemäß Abs. 1 können mit einer Geldbuße von 5,00 Euro bis zu 10.000 Euro geahndet werden, sofern die Zuwiderhandlung nicht nach anderen Rechtsvorschriften mit Strafe bedroht ist.</p>	

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
	<p style="text-align: center;"><b>§ 10</b> <b>Speichern von Daten</b></p> <p>(1) Zur Bearbeitung der Zuweisung und zur weiteren Betreuung werden auf Grundlage von § 11 Sächs-FlüAG, § 8 SächsSpAEG oder § 4 Abs. 1 Nr. 1 des Sächsischen Datenschutzgesetzes (SächsDSG) in Verbindung mit dieser Satzung folgende Personen bezogene Daten, sofern sie im Einzelfall benötigt werden durch die Stadt Chemnitz im Sinne von § 3 Abs. 2 SächsDSG verarbeitet:</p> <p>(2) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Familienstand, Herkunftsland, Pass- bzw. Personalausweis-Nr. und Ausstellungsdatum, bisherige Wohnanschrift der Nutzer/-in, deren Verwandtschaftsverhältnis zu den Nutzern sowie festgestellte meldepflichtig Krankheiten nach § 6 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG).</p> <p>(3) Die Löschung der erhobenen Daten richtet sich nach den unter Abs. 1 genannten Vorschriften.</p> <p>(4) Durch die Bekanntmachung dieser Satzung werden die Nutzenden über die Aufnahme der in Abs. 1 genannten Daten in die automatisierte Datei unterrichtet.</p>	<p>Neuregelung zum Datenschutz, in alter Satzung nicht enthalten.</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 9</b> <b>Gebührentatbestand und Gebührensschuldner</b></p> <p>(1) Für die öffentlich-rechtliche Nutzung der Wohnplätze in den Wohnformen nach § 1 dieser Satzung</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 11</b> <b>Gebührentatbestand und Gebührensschuldner</b></p> <p>(1) Für die öffentlich-rechtliche Nutzung der Wohnplätze in den Wohnformen nach § 1 dieser Satzung</p>	

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>werden Nutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.</p> <p>(2) Gebührenschuldner sind die Personen, für die gemäß § 2 dieser Satzung ein Nutzungsverhältnis begründet wurde (Nutzer). Bei minderjährigen Personen haften zusätzlich die Eltern oder Erziehungs- bzw. Sorgeberechtigte.</p>	<p>werden Nutzungsgebühren nach Maßgabe dieser Satzung erhoben.</p> <p>(2) Gebührenschuldner sind die Personen, für die gemäß § 2 dieser Satzung ein Nutzungsverhältnis begründet wurde (Nutzer). Bei minderjährigen Personen haften zusätzlich die Eltern oder Erziehungs- bzw. Sorgeberechtigte.</p>	
<p style="text-align: center;"><b>§ 10</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Entstehen der Gebührenpflicht und Fälligkeit</b></p> <p>(1) Die Gebührenpflicht und -fälligkeit richten sich nach der Nutzungsdauer gemäß Nutzungs- und Gebührenbescheid bzw. nach dem tatsächlichen Ende der Nutzung und der jeweiligen Wohnform.</p> <p>(2) Die Gebühren werden mittels Übertragung der monatlichen Nutzungsgebühr aus Ansprüchen auf laufende Sozialleistungen oder mit Einzugsermächtigung durch das Sozialamt vom Bankkonto des Gebührenpflichtigen eingezogen.</p> <p><del>(3) In Ausnahmefällen kann eine Bareinzahlung bei einer Einnahmekasse des Sozialamtes erfolgen.</del></p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 12</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Entstehen und Ende der Gebührenpflicht; Fälligkeit</b></p> <p>(1) Die Gebührenpflicht entsteht mit Tag der Aufnahme bzw. Zuweisung und richtet sich nach der Nutzungsdauer gemäß Nutzungs- und Gebührenbescheid bzw. nach dem tatsächlichen Ende der Nutzung und der jeweiligen Wohnform. Für Kinder, welche im bestehenden Nutzungsverhältnis geboren werden, entsteht die Gebühr ab dem Beginn des Monats, der auf die Geburt folgt.</p> <p>(2) Die Gebühren werden monatlich – jeweils bis zum 3. Werktag des laufenden Monats – zur Zahlung fällig, sofern im Nutzungs- und Gebührenbescheid kein anderer Zeitpunkt benannt ist. Die Gebühr des Aufnahmemonats wird gemeinsam mit der Gebühr des darauffolgenden Monats fällig.</p> <p>(3) Abgabenschuldner für die Nutzungsgebühren ist der Nutzer der Unterkunft. Für minderjährige Nutzer sind die Personensorgeberechtigten gebührenpflichtig.</p>	<p>neue Überschrift</p> <p>Ergänzungen bzw. redaktionelle Änderungen</p> <p>Redaktionelle Änderung</p> <p>Neuregelung</p>

B-007/2012 vom 25.01.2012	B-139/2017	Bemerkungen
<p style="text-align: center;"><b>§ 11</b></p> <p><b>Gebührenmaßstab und Gebührenhöhe Wohnprojekte, Wohnheim und angemieteter Wohnraum</b></p> <p>(1) Die Nutzungsgebühren in den Wohnprojekten und Wohnheimen gemäß § 1 Absätze 1, 3 und 4 dieser Satzung bestimmen sich nach der Anzahl der in Anspruch genommenen Plätze. Für angehörige minderjährige Kinder wird die Nutzungsgebühr, bei mindestens einem Vollzahler, ermäßigt.</p> <p>(2) Für die Unterkünfte in angemietetem Wohnraum wird eine Nutzungsgebühr in Höhe der tatsächlichen, von der Stadt Chemnitz als Hauptmieter gemäß Mietvertrag, aufzubringenden Mietkosten inklusive der allgemeinen und spezifischen Betriebskosten erhoben und den Betriebskostenabrechnungen der Vermieter angepasst.</p> <p>(3) Die Höhe und die Einteilung der Gebühren richten sich nach dem als Anlage 1 beigefügten Gebührenverzeichnis, das Bestandteil der Satzung ist.</p> <p>(4) Die Gebühr, für Zeiträume von weniger als einem Monat, wird zeitanteilig nach Tagen berechnet. In diesem Fall ist für jeden Tag ein Betrag von einem Dreißigstel der Monatsgebühr zu erheben.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 13</b></p> <p><b>Gebührenmaßstab und Gebührenhöhe</b></p> <p>(1) Die Nutzungsgebühren in den Wohnprojekten, Wohnheimen und Wohnungen Dezentral I gemäß § 1 Abs. 1 und 2 bestimmen sich nach der Anzahl der in Anspruch genommenen Plätze.</p> <p>(2) Für Gewährswohnungen gemäß § 1 Absatz 1 Satz 1 dieser Satzung wird die Nutzungsgebühr in Höhe der tatsächlichen, von der Stadt Chemnitz als Hauptmieter gemäß Mietvertrag, aufzubringenden Mietkosten inklusive der allgemeinen und spezifischen Betriebskosten erhoben und den Betriebskostenabrechnungen der Vermieter angepasst.</p> <p>(3) Für Personen, welche nach dem SächsFlüAG oder SächsSpAEG unterzubringen sind, gelten ermäßigte Gebühren, da eine anteilige Kostenerstattung durch den Freistaat Sachsen erfolgt. Gebührenänderungen i. d. S. erfolgen grundsätzlich zum 1. des Folgemonats.</p> <p>(4) Höhe und Einteilung der Gebühren sind in dem als Anlage beigefügten Gebührenverzeichnis festgeschrieben, das Bestandteil der Satzung ist.</p> <p>(5) Die Gebühr, für Zeiträume von weniger als einem Monat, wird zeitanteilig nach Tagen berechnet. In diesem Fall ist für jeden Tag ein Betrag von einem Dreißigstel der Monatsgebühr zu erheben.</p>	<p>neue Überschrift</p> <p>begriffliche Anpassung</p> <p>Begriffliche Anpassung</p> <p>Neuregelung</p>

<b>B-007/2012 vom 25.01.2012</b>	<b>B-139/2017</b>	<b>Bemerkungen</b>
<p>(5) Für die Nutzung der Übernachtungsstätte kann in besonderen Notlagen, insbesondere zur unmittelbaren Beseitigung von Obdachlosigkeit, nach einer Einzelfallentscheidung aus Billigkeitsgründen von der Erhebung der Gebühr für eine Nacht bzw. für ein Wochenende abgesehen werden.</p>	<p>(6) In besonderen Notlagen und zur unmittelbaren Beseitigung von Wohnungslosigkeit kann nach einer Einzelfallentscheidung aus Billigkeitsgründen von der Entrichtung des Entgeltes für eine Nacht bzw. für ein Wochenende in der Übernachtungsstätte abgesehen werden.</p>	<p>redaktionelle Anpassung</p>
<p style="text-align: center;"><b>§ 12 In-Kraft-Treten</b></p> <p>(1) Diese Satzung tritt am ersten Tag des auf die Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft.</p> <p>(2) Gleichzeitig treten die Satzung der Stadt Chemnitz über die Nutzung der Unterkünfte zur Unterbringung von Wohnungslosen, Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingsen und über die Gebühren für die Nutzung dieser Unterkünfte (B-178/2006 vom 12. Juli 2006 ) sowie die Nutzungs- und Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für die Übernachtungsstätte zur Unterbringung Wohnungsloser (B-176/2006 vom 12. Juli 2006) außer Kraft.</p>	<p style="text-align: center;"><b>§ 14 In-Kraft-Treten</b></p> <p>(1) Diese Satzung tritt am ersten Tag des auf die Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft.</p> <p>(2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Chemnitz über die vorübergehende Unterbringung von Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten und über die Gebührenerhebung (B-007/2012 vom 25.01.2012) außer Kraft.</p>	

**Gegenüberstellung der Gebührenverzeichnisse der alten und neuen Fassung der Unterbringungssatzung der Stadt Chemnitz**

**1. Unterbringungsform**

Einrichtungen	Personenkreise	Gebühr/Monat/Platz <u>Alte</u> Fassung	Gebühr/Monat/Platz <u>Neue</u> Fassung
Wohnprojekt Heinrich-Schütz-Straße  Wohnprojekt Müllerstraße  Dezentrales Wohnen I  Wohnheime für Migranten	wohnungslose Menschen,  Spätaussiedler,  Flüchtlinge nach § 23 AufenthG,  Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG	Erwachsene: 180,00 €  minderjährige Angehörige: 80,00 €      Kostendeckungsgrad durchschnittlich: 56,07 %	Erwachsene und minderjährige Angehörige:  - ohne Kostenerstattung vom Freistaat Sachsen: 390,00 €  - mit Kostenerstattung vom Freistaat Sachsen: 180,00 € (§ 13 Abs. 3 der Satzung n. F.)   Kostendeckungsgrad durchschnittlich: 98,77 %

**2. Übernachtungsstätte (Nachtquartier)**

Gebühr/Tag/Platz <u>Alte</u> Fassung	Gebühr/Tag/Platz <u>Neue</u> Fassung
3,00 €	5,00 €

**3.** Hier wurde im Text lediglich der Begriff „angemietete Wohnungen“ gegen „Gewährswohnungen“ (Definition siehe § 1 Abs.1 der Satzung n. F.) ersetzt.